

Haushalt 2012 - es gilt das gesprochene Wort

Ungewöhnlich spät im Jahr beraten wir den Haushalt und dann noch in ultrakurzer Frist – aber es ist kein üblicher HH Entwurf, es ist das Sanierungskonzept. Ein SchmerzAtlas für Verwaltung und BürgerInnen in Dorsten mit über 200 Positionen nur in der A-Liste. Zu beraten in 6 Wochen. Das bedeutet nicht nur umblättern, sondern sich eingehend beschäftigen mit den Details – ist die Einsparung möglich? Zu wessen Lasten geht es? Kann das sinnvoll sein? Wo oder wie wären die Alternativen? Für die Grünen bedeutete dies auch intensive Vorberatungen – für mich z.B. 11 Sitzungen zur Vorberatung neben den 6 Ausschusssitzungen mit der Thematik Sanierungsplan.

Ein Fulltime-Job als Ehrenamt – wie muss es da erst den Verwaltungsmitarbeitern gegangen sein, die diese Liste in intensiven Vorberatungen für jedes Amt zusammengetragen haben? Keine Ausgabe- oder Einnahmeposition blieb verschont – das war eine äußerst arbeitsreiche Leistung!

Aber es geht auch „um die Wurst“ - können wir den HH-Ausgleich darstellen bis 2016 bzw. 2021 oder nicht?

Wenn **ja** erhalten wir Landesmittel zum Strukturausgleich.

Wenn **nein** – dann wird die Aufsichtsbehörde streichen: alle freiwilligen Leistungen und

- **Elternbeiträge für Kitas werden so erhöht, dass die 19 % erreicht werden**
- **Bücherei wird geschlossen oder Gebühren drastisch erhöht**
- **Friedhofs- bzw. Bestattungsgebühren werden erhöht**
- **Stopp des Programms „ Soziale Stadt Hervest“**
- **Weitere Einschränkungen der Öffnungszeiten des Bürgerbüros**
- **Beim Bad sicherlich noch stärkere Eintrittspreiserhöhung oder Verkauf .**

Dass das Bad geschlossen würde, glaube ich nicht, da das lt. Thalen Consult die mit Abstand teuerste Variante wäre. Schließlich zahlen wir noch sehr lange jährlich an dem Kredit! Ohne Gegenleistung ist es noch mehr als Verschwendung!

**Aber es stünden noch weitere Leistungen zum Streichen an, mit Sicherheit käme das Bedauern darüber aus den verschiedensten Richtungen - nur zu spät.**

Über manche Vorschläge der Verwaltung waren wir überrascht, erschienen sie doch verblüffend einleuchtend. Mit anderen haben wir uns sehr schwer getan.

So nahmen wir interessiert zur Kenntnis, dass die Verwaltung in 6 weiteren Bereichen Einsparungen darstellen kann, weil dort von teurer Software auf *open source* umgestellt werden kann. Hier bemühten wir uns schon länger um eine Umstellung und die Fachverwaltung wohl ebenso zuletzt vor ca. 6 Jahren anl. technischer Veränderungen in der Verwaltung. Der damals eingespannte Gutachter kam aber zu dem Ergebnis, dass es aus verschiedenen Gründen nicht flächendeckend umzusetzen sei. Wesentliche Gründe waren die fehlende Wirtschaftlichkeit, nicht verfügbare Ersatzlösungen für vorhandene Anwendungen und die Erfordernis einer einheitlichen Infrastruktur im Bereich der GKD Recklinghausen zwecks Nutzung von Synergieeffekten.

Die GKD wird sich auch bewegen müssen!

Unter'm Strich steht, dass wir alle unseren Beitrag leisten, damit wir die Überschuldung abwenden. Daran muss sich auch der Rat beteiligen.

So stimmten auch alle Fraktionen der Reduzierung des Fraktionsgeschäftsbedarfs – eh nicht üppig – und der Verkleinerung des Rates zu, die zu der nächsten Kommunalwahl zum Tragen kommen wird. Wir werden dann wohl zu den Kommunen gehören, deren Verhältnis Einwohnerzahl / Ratsmitglieder besonders groß ist.

Wir Grünen sind durch Erfahrung der Auffassung, dass die Anzahl der Ratsmitglieder nichts über die Kompetenz des Rates oder dessen Engagement aussagt. Wie aber so ein Engagement aussehen kann, wieviel Zeit und Nerven es abverlangt, mögen aber nur wenige verstehen oder nachvollziehen können. Aber unsere Gesellschaft braucht auch eine Veränderung; mehr Bevölkerung muss mit einbezogen werden an gesellschaftlichen Themen, Verantwortung und Entscheidung.

So können wir auch versuchen, mehr Spielplatzpatenschaften zu finden – wie „Am Schlagheck / Freiheitsstrasse“ - statt Spielplätze zu schließen oder Anlieger an Grünstreifen, die sich freuen, diese „selber“ pflegen zu können.

Oder die Grünpflege am Schulhof zum Teil auf die Schulen zu übertragen, die die Grünpflege dann in ihr pädagogisches Konzept einarbeiten können. Wer an der Arbeit beteiligt wird **be**-achtet mit Sicherheit auch die Schönheit der Anlage und **missachtet** den frevelhaften Umgang damit.

Manche Einsparungen sind auch schwierig nachzuvollziehen, wie z.B. die Einsparung Mitgliedschaft UVP, die 300 € beträgt, aber immer sehr nützlich für die Fachverwaltung war. Dann sind die Folgekosten, z.B. durch Rechtsanwalt-Gebühren, erheblich höher. Hier gibt es möglicherweise eine ähnliche Lösung wie bei der Mitgliedschaft im Klimabündnis, die ja abwechselnd von verschiedenen Ratsfraktionen übernommen wird.

Hinsichtlich des Schülertransportes der Grundschul – und KITA-Kinder aus dem Bereich Tönsholt bestand in den gemeinsamen Vorberatungen mit dem Verwaltungsvorstand und den Kollegen der anderen Fraktionen Übereinstimmung darüber, dass Alternativen geprüft werden, ein sicherer Schulweg für die betroffenen Kinder aber gewährleistet bleibt. Also werden wir uns darüber auch in Kürze wieder mit der Fachverwaltung austauschen.

Die Biologische Station bleibt auch weiter wichtig, nicht nur für Dorsten! In jedem Jahr erbringt sie Leistungen, die die Stadt an anderer Stelle teuer einkaufen müsste. Da wir aber alles auf den Prüfstand stellen müssen, können wir das Argument der Verwaltung nachvollziehen, dass wir als Stadt nur 1x an der Finanzierung beteiligt sein sollten – was in all den anderen Bio Stationen des Landes auch der Fall ist - und nicht 2x. In der Umlage bleiben wir beteiligt, nur die 12Tsd.€, die die Stadt bisher zusätzlich entrichtete müssen anders aufgeteilt werden.

Dorsten bietet sehr gute Voraussetzungen als Wohn- und Heimatstadt, urbane und auch ländliche, ökologische Strukturen. Wenn es uns gelingt, weiter mehr neue Arbeitsplätze nach Dorsten zu holen, wird Dorsten auch wieder stärker in Verbindung mit dem Arbeitsplatz + Wohnort wahrgenommen werden. Eine Grundversorgung der Bevölkerung mit Büchereiangebot und Kultur – auch schon für Kinder – halten wir nicht für Luxus!

Ohne Frage sollten die Bürgerinnen und Bürger erwarten können, dass Bund und Land ihre Verantwortung erkennen und erkennbar wahrnehmen. Der Stärkungspakt ist ein guter Schritt, eine neue Umlageberechnung aber auch. Wir teilen die Einschätzung des Städte – und Gemeindebundes zu dem neuen Koalitionsvertrag der Landesregierung, der zwar in vielen Bereichen wie Kindergarten, Soziales und Schule sehr gut ist, aber auch vielfach offen lässt, wer die Umsetzung bezahlt. Am liebsten wäre uns Grünen, die Betreuungskosten im Kindergartenbereich würden vollständig vom Land oder Bund übernommen, die Finanzierung über die Steuereinnahmen geregelt. Das wäre gerecht!

Der gebundene Ganztag wäre es auch, brächte u.a. eine musikalische Förderung in der Schule neben verschiedenen AG's und in der Regel an den Nachmittagen, an denen nachmittags Unterricht läuft auch keine Hausaufgaben bzw. deren Betreuung. Das Kind hat dann zu Hause Freizeit und die Kosten werden vom Land übernommen.

Denn Kinder sollten nicht die ersten Leidtragenden einer armen Kommune sein! Ihre optimalste Förderung formt mit die besten Bedingungen für die Zukunft unserer Gesellschaft im Land und im Bund.

Deshalb kann die Fraktion die Grünen die Entscheidung, dass die Familie für ein weiteres Kind den KITA o. OGS - Beitrag zahlt, wenn das Land den Beitrag für 1 Kind übernimmt, solange es im letzten KITA Jahr ist nicht mittragen. Wir werden bitten, diesen Punkt gesondert abzustimmen. Ich kann Ihnen sagen, auch diese Entscheidung haben wir uns nicht leicht gemacht, sehr viele Recherchen und Berechnungen angestellt!

Eine Alternative sehen wir nur darin, wenn die Geschwisterkindgebühr erst ab einem steuerpflichtigen Jahreseinkommen von 25 Tsd. € erhoben wird. Wieviel € das ausmacht und wie der Ausgleich im Sanierungsplan darzustellen ist, konnte die Verwaltung uns aber in der Kürze der Zeit noch nicht sagen. Vielleicht gehört das dann ja zu den Dingen, die nachgebessert werden.

Die wohl wohlhabendste Kommune in NRW kann es sich leisten, Elternbeiträge ab einem Jahreseinkommen nach Steuern von 30 Tsd. € zu erheben, um auf 19 % zu kommen. Davon sind wir weit entfernt, leider.

Der demografische Wandel wird auch in diesem Plan berücksichtigt: Nicht nur in der Senkung der Ratsmandate, sondern auch z.B. die Auswirkungen der angepassten Schulentwicklungsplanung. Der Gutachter geht davon aus, dass der demogr. Wandel in ca. 2020 abgeschlossen sei – wir sollten da vorsichtig bleiben.

Auch die Bundesregierung sollte für die Umsetzung der Bundesgesetze, besonders Bundes – Sozialgesetze, den vollen Beitrag entrichten. Und immer wieder in die „Bundesniederungen“ schauen: wo drückt der Schuh/ was kommt an, nicht nur zu Wahlzeiten. Da hätte längst auffallen können, dass der Soli schon jetzt nach Bedürftigkeit umverteilt werden muss und nicht erst 2019.

Es ist schon ein Zufall, dass wir in derselben Sitzung einmal zum Sanierungsplan abstimmen und an anderer Stelle über den Neuabschluss des Konzessionsvertrages mit weiteren kooperativen Möglichkeiten in den Bereichen Netzbetrieb, Erzeugung und Vertrieb von Strom.

Richtig ist, dass einerseits auch Geld aufgenommen werden muss, aber dass es der Wahrheit auch entspricht, dass wir über viele Jahre wesentlich mehr Einnahmen generieren können **und** unseren Beitrag zum Ausbau dezentraler regenerativer Energieerzeugung und Vertrieb beisteuern können - sagen die Gutachter und die Bezirksregierung, die diese Ausgabe genehmigen muss.

**Wer weiß, an welcher Stelle wir heute hier stünden, wenn wir vor 20 Jahren für diesen Weg eine so breite Mehrheit gehabt hätten!**

Die Stadt Dorsten hat lediglich auf 1/3 ihrer Ausgaben einen bedingten Zugriff ( 75 Mio.€ ); in dieser Liste werden immerhin mögliche 15 % dargestellt, die wir erreichen können!

Wir stimmen dem Sanierungsplan im Großen und Ganzen also zu.

Und wir werden die weitere Entwicklung im Rahmen der Strukturkommission engagiert begleiten.

Lassen sich die Einsparziele so erzielen? Gibt es weitere Einsparungen? Gibt es auf der einen Seite höhere Einnahmen als wir annahmen?

Kurz: Der Sanierungsprozess ist nach den intensiven Vorberatungen nicht vorbei, sondern hat gerade angefangen. Die Strukturkommission steht am Start – unserer Meinung nach ist 1 Mitglied/ Fraktion + eine

Vertretung wohl ausreichend. Wichtige Entscheidungen werden dann ja eh im Fachausschuss getroffen werden.

**Wir bleiben am Ball – egal in welcher Liga!**

*Susanne Fraund*

**Für die Fraktion Die Grünen im Rat der Stadt Dorsten**